

Guatemala Stadt – Ende Mai

## Notizen eines deutschen Anwalts in Guatemala 79

Die Impunidad und ihr Pakt haben eine weitere Schlacht gewonnen. Porras ist wieder Generalstaatsanwältin. Ob sie nun erste Wahl Giammattei's war oder sich mit Erpressung durchsetzte (Notizen 78), kann letztlich offenbleiben. Sie ist da, um ihm und dem Pakt weitere vier Jahre den Rücken zu decken. Auch der Rektor der USAC steht fest: Walter Mazariegos. Er wurde nicht frei gewählt, sondern unter offenem Rechtsbruch.<sup>1</sup>

Vorbei sind die Zeiten in denen Formen und Regeln beachtet wurden. Der Rechtsstaat bricht zusammen, die Verfassung ist kaum etwas wert. Seit vier Jahren ist das Mandat aller Berufungsrichter:innen und der des obersten Gerichts (CSJ) abgelaufen<sup>2</sup>. Die CC (Verfassungs-Gericht) wurde rücksichtslos mit korrupten Agenten besetzt und die „Wahlen“ von Porras und Mazariegos folgen dem gleichen Muster.<sup>3</sup>

Prensa Libre brachte am 15.5. auf der Titelseite ein Foto protestierender Studenten mit einem Banner „Nein zum Betrug“. Es ist ein historisches Banner, das zuletzt 1982 gegen den von Lucas García inszenierten Wahlbetrug benutzt wurde. Kurz darauf, am 23.3. putschte Ríos Montt. Zury Ríos, seine Tochter, ist zurzeit stärkste Kandidatin für die Wahlen 2023. Damals standen die USA auf der Seite des Betrug, heute protestieren sie gegen die Wahl von Porras. Der Pakt fühlt sich stark und ignoriert die USA, die

---

<sup>1</sup> Zuerst wurden gewählte 7 Wahlkörper, die die Opposition gewonnen hatte, ausgeschlossen, dann die ganz Wahl ausgesetzt (Notizen 78). Nach dem Statut der USAC hätte sie jetzt vollständig wiederholt werden müssen. Sie aber setzten schlicht die letzte Runde neu an, aber nur mit den Wahlkörpern, die Mazariegos, der Vertreter des Paktes, gewonnen hatte; damit waren 99 von 171 Stimmen eliminiert! Durchgesetzt wurde das von bewaffneten Banden vor dem Wahllokal.

<sup>2</sup> Ursprünglich dachten wir, sie würden sie nachholen, sobald sie das Verfassungsgericht wieder kontrollieren. Das tun sie längst, machen aber keinerlei Anstalten wählen zu lassen. Sie wissen,

internationale Gemeinschaft und auch die Bevölkerung, die Porras satthalt. Allerdings gibt es das Regieren ohne jede Legitimität nicht umsonst; seine Kosten steigen mit der Zeit. Nicht nur die innerhalb des Landes.

Die **USA** versuchen es mit Druck mit traditionellen Mitteln, aber die verfangen kaum noch. Seit Anfang Mai steht zudem ein Programm über 1.2 Milliarden USD für die Region, das auf dem Papier recht integral wirkt<sup>4</sup>. Sie wollen die Migration kontrollieren und wissen, dass das allein mit der Militarisierung in Mexiko und Zentralamerika nicht geht. Nur, wie soll so ein Programm gegenüber offen kriminellen Strukturen und Systemen funktionieren? Konservative Schätzungen gehen von ca. 13 Milliarden USD aus, die die Region jährlich an die Korruption verliert. Da sind die 1.2 Milliarden der „Gringos“, die zudem mit dem Diskurs zu Rechtsstaat und Menschenrechten nerven, eher Peanuts. Geld gibt es genug, auch ohne die USA.

In **El Salvador** regiert Bukele seit Monaten mit Notstandsgesetzen.<sup>5</sup> Die Versammlungsfreiheit ist beschränkt, das Abhören von Telefonen geht ohne Richter. Unabhängige Richterinnen stehen unter dem gleichen Druck wie in Guatemala, Aktivisten werden verfolgt. Bukele lacht den USA ins Gesicht und düpiert ausländische Diplomaten, wenn sie versuchen, mäßigend zu wirken. Die Korruption rührt er kaum an, die Eliten auch nicht, und noch stützt die Bevölkerung ihn.

dass ihnen trotz Manipulierung der Wahlen niemand das Straffreiheits-Paradies garantiert, das sie jetzt leben.

<sup>3</sup> Der Betrug lief allerdings nicht in aller Stille ab. Es gab und gibt große Proteste auch von Dozentenstrukturen; noch ist der Betrug nicht in trockenen Tüchern. Vielleicht haben sie übertrieben.

<sup>4</sup> Es hat die soziale Ungleichheit zum Ziel, will Rechtsstaat, Menschen- und Frauenrechte stärken und Korruption bekämpfen.

<sup>5</sup> Über 30 000 angebliche Angehörige der Jugendbanden (Maras) wurden festgenommen, ohne Richter und Haftbefehl. Sie werden Terroristen genannt und besonderen Haftbedingungen unterworfen; dazu gehören halbierte Essensrationen.

**Honduras** versucht sich mit seiner neuen Regierung von diesen kriminellen Strukturen freizuschwimmen, ist aber verfangen in den Netzen, die das Narco-Regime der Hernández-Brüder hinterlassen hat. Präsidentin Xiomara Castro hat es schwer gegen diese Mafia, die noch heute vieles kontrolliert. Obama hatte diesen Weg mit seinem Rückhalt für den Putsch gegen Präsidenten Zelaya, den Ehemann von Castro, mit bereitet. Heute steht sie für die einzige Regierung der Region, die bereit ist, an die Wurzeln zu gehen und die Korruption zu bekämpfen... was auch Konsequenzen für die Nachbarn haben könnte.<sup>6</sup>

In Guatemala ist der „Anti-Imperialismus“ gerade Mode bei den Eliten. Sie verbieten sich jede „Einmischung“, die eigene „Unabhängigkeit“ wird gefeiert. Bei republikanischen Institutionen wie der Heritage-Foundation beschwerten sie sich über Biden und seinen Botschafter, da die versuchen „bei uns mit Gewalt einen 'Multi-Kulturalismus' zu installieren“. Zwei Anwälte des Paktes, offensichtlich in Absprache mit Giammattei, versuchen über das Verfassungsgericht zu erreichen, dass der Präsident diejenigen Botschafter Non-Grata erklärt und ausweist, die versuchen „unserem Land etwas vorzuschreiben“.

In **Mexiko** steht AMLO für eine eher linke Regierung, die in der Region viel Hoffnungen weckte, auch bei der Korruptionsbekämpfung. Manche dieser Hoffnungen bestehen noch, andere sind angesichts einer Linie, die sehr an die PRI erinnert, längst verschüttet. International steht er für die traditionelle mexikanische Linie der Unabhängigkeit, was aber angesichts seiner guten Beziehungen zu Trump und dem Einsatz der Sicherheitskräfte gegen die Migration nicht

nur überzeugt. Im Mai besuchte er Guatemala und wusste sicherlich, dass er einem der korruptesten Präsidenten der Region gegenüberstand. Statt einer klaren Botschaft zum Thema, stärkte er Giammattei den Rücken und verteidigte das Prinzip der „absoluten Unabhängigkeit“. Giammattei war entzückt. Sie ist sein außenpolitisches Kernstück bei der Verteidigung von Korruption und Straffreiheit. Richtig ist, dass AMLO auch von der Reaktivierung der Ökonomie auf dem Land sprach und mexikanische Hilfe in Aussicht stellte<sup>7</sup>. Aber statt konzeptuell auf den Zusammenhang von Entwicklung und Migration einzugehen, wurde er vom Verteidigungsminister und dem Chef der Marine begleitet, was – dem Unabhängigkeitsdiskurs zum Trotz – eher der Logik der USA von Migrations- und Drogenbekämpfung entspricht.

In diesem Zusammenhang interessieren auch die Vorgänge um den Amerika-Gipfel Anfang Juni. Biden, der Guatemala zum Demokratie-Gipfel Anfang des Jahres nicht eingeladen hatte, will jetzt Nicaragua, Kuba und Venezuela ausschließen. Mexiko widersetzt sich dem, aber auch Bolivien, Argentinien, Honduras und die Karibikstaaten. Bolsonaro droht ebenfalls fernzubleiben, nur sicher nicht aus den gleichen Gründen. Auch Giammattei nutzt die Gunst der Stunde. „Wir mögen klein sein, aber wir lassen uns nicht vorschreiben, wen wir ernennen. Ich habe ausrichten lassen, dass ich zum Gipfel nicht nach Mexiko reise.“ Er tat das noch vor der Einladung, die dann doch kam. Leider machte AMLO keinen Unterschied zwischen seinen Gründen und denen Giammatteis, sondern erklärte ihm ausdrücklich die Unterstützung Mexikos; noch ist nicht raus, ob Giammattei

---

<sup>6</sup> In Kürze soll eine internationale Kommission gegen die Straffreiheit anfangen zu arbeiten, vermutlich geleitet durch einen US-Staatsanwalt. Ihre Ermittlungen könnten Guatemala einschließen. Geldwäsche ist international, Drogengeschäfte sind es auch.

<sup>7</sup> Er initiiert die Programme „Leben Säen“, „Stipendien für Jugendliche“ und „Universelle Rente für Senioren“

nicht doch fährt, aber es lohnt sich, genau hinzuschauen, um die Kräfteverschiebungen in der Region zu verstehen.

Die USA mögen Guatemala brauchen zur Migrations- und Drogenbekämpfung, aber sie werden nach der Brüskierung nicht mit Porras zusammenarbeiten. Sie sind immer noch die USA. Nur fehlt ihnen mit der Staatsanwaltschaft ein wichtiges Steuerungsinstrument für Themen wie Migration und Drogen. Sie werden den Druck erhöhen müssen. Es gibt Gerüchte, dass die Engel-Liste und ihre Sanktionen gegen den Pakt jetzt erweitert werden. Es könnten Leute um den CACIF eingeschlossen werden, was ein Quantensprung wäre. Giammattei scheint ähnliches zu befürchten und droht mit drastischen Mitteln; am 27.5. kündigt er an, den Rückzug des US-Agentur für Entwicklungszusammenarbeit USAID<sup>8</sup> zu fordern; diese fördere Indigenismus.

Er nahm auch auf die Liste selbst Bezug. Was auf den ersten Blick wie ein Verspotten der USA aussah, entpuppte sich bei näherem Hinsehen vor allem als eine Drohung nach Innen. „Wenn die unsere Leute auf die Engel-Liste setzen, dann machen wir eben eine Geier-Liste mit ihren Freunden und unseren Feinden.“ Hier spricht die Logik des internen Feindes<sup>9</sup>, die während des Bürgerkrieges Teile der Zivilbevölkerung zu militärischen Zielen machte. Auch die Stiftung „gegen den Terrorismus“ hatte ihre „Geier-Liste“ sofort bei der Hand, mit Namen von Aktivist:innen und Richter:innen. Parallel wurde im Mai ein weiterer Staatsanwalt verhaftet und ein neuer Haftbefehl gegen die frühere Generalstaatsanwältin Aldana erlassen. Sie ist zwar längst im Exil, aber die Kriegserklärung gegen die Justiz wird ständig aktualisiert. Vor

allem für die noch verbleibenden unabhängigen Richter:innen sind Ausreise und Exil längst Teil der Planung.

Natürlich geht das alles nicht ohne Widerstand über die Bühne. Seit zwei Wochen sind das zentrale Rektorat der USAC und mehrere regionale Campi von protestierenden Studenten besetzt. Und am 17.5. machten nationale indigene Autoritäten sehr klar, dass „alle drei Staatsorgane unsere Völker, den Rechtsstaat und die Justiz verhöhnen... Unsere Forderung, Porras nicht zu ernennen war klar, aber sie interessierte niemanden. Giammattei hat gezeigt, dass seine Angst vor der Justiz überwog.“ Und sie unterstreichen: „...jede eurer Handlungen ist von tiefem Rassismus geprägt...“

„Wir fordern alle unsere Völker, ihre Autoritäten, Migrant:innen, Lehrerverbände, bewusste Unternehmer, Studierende, Bauern, Gesundheitsarbeiterinnen, Gewerkschaften, Arbeiter und andere Organisationen auf, uns – bei gegenseitigem Respekt und unter Wahrung unserer Formen und Forderungen – zusammen zu tun. Wir erkennen Consuelos Porras als Generalstaatsanwältin nicht mehr an und werden unsere eigenen Justizsysteme und lokalen Regierungen stärken. Republik, Demokratie und Staat waren für uns immer nur eine Farce...“ Und weiter: „Herr Giammattei: Wir erklären Sie zum Verräter ihres eigenen Volkes. Ihnen bleibt nur zurückzutreten.“

Wir werden sehen, ob es bei solchen eher vollmundigen Erklärungen bleibt oder wir in der Lage sind, sie als Grundlage für eine breite Allianz gegen den Pakt zu nutzen.

*Miguel Mörth*

---

<sup>8</sup> Damit würde ein weiteres Steuerungselement der USA ausfallen, USAID ist wichtiger Kanal für die Zusammenarbeit.

<sup>9</sup> Giammattei kommt selbst aus dieser Schule. Nach der Flucht von 19 Gefangenen in 2005 wurde der Plan Gavilán (Falke) beschlossen. Mit der „Falken-Liste“ wurden Flüchtlinge gesucht,

gefunden und hingerichtet. Giammattei als Leiter des Gefängnis-systems, Innenminister Vielman und Polizeichef Sperissen waren Teil dieser Struktur. Die CICIG versuchte noch 2018 die ganzen Ausmaße des Plans offenzulegen, wurde aber vorher aus dem Land geworfen.